

# Wilsdruffer Tageblatt

Zeitungssprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Stück 4 Pf. Durch unsere Redaktionen in der Stadt monatlich 4.00 RM., auf dem Lande 4.50 RM., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 RM. mit Zustellungsgebühr. Alle Bestellungen und Bestellungen sowie andere Nachrichten und Geschäftsbriefe werden jederzeit entgegen genommen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstigen Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitungs- oder Abdrucke des Zeitungspapiers.



Inserionspreis 1 Mf. für die 6 getrocknete Reizung oder deren Raum, 10 Pf. Resten 2.50 Mf. Bei Wiederholung und Abdruck entfallend. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getrocknete Reizung 5 Mf. Nachdruckungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis zum 11. Uhr. Für die Abgabe der durch den Druck übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kasse ist.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Vossig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 122.

Sonnabend den 28. Mai 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Haftpflichtversicherung.

Einladung zur Hauptversammlung des Haftpflichtversicherungsverbands Meißen am **Donnerstag den 2. Juni 1921 vormittags 1/11 Uhr** im Sitzungssaal des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes in Meißen. Der Vorstand des Haftpflichtversicherungsverbandes.

### Wegen Massenschutt

wird die Straße Hühndorf-Weistropf am 31. Mai und 1. Juni für den **Fahrverkehr gesperrt**. Der Verkehr wird über Dörrwartha und Kleinschönberg vertrieben.

Weistropf, 27. Mai 1921.

Gutsbezirk Weistropf.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Der deutsche Protest gegen die Auspredung der Monarchenbahn an Belgien ist vom Vorschaferrat abgelehnt worden.

\* Zum Vizepräsident der Reichsregierung ist der Zentrumsgewerkschafter ernannt worden.

\* Bei den Wahlen in Nordbrabant ist es zu schweren blutigen Zusammenstößen mit der englischen Polizei gekommen.

\* Ein Vertreter der Sowjetregierung erklärte in Moskau, daß die Russen den Zusammenstoß der Handelsstaaten als casus belli betrachten würden.

### Durch Arbeit zur Freiheit!

Reichskanzler Dr. Wirth hat einen kurzen Besuch in seiner Vaterstadt Freiburg in Baden gemacht und ist von dort nach Karlsruhe gefahren, der Hauptstadt Badens, wo er vor seiner Berufung in die Reichsregierung als Reichsfinanzminister an der Spitze der finanziellen Verwaltung des badischen Landes stand. Der Kanzler hat in Karlsruhe während einer Zusammenkunft beim Staatspräsidenten in Gegenwart des Landtagspräsidenten, der Führer der drei Koalitionsparteien und vor Vertretern der verschiedenen schaffenden Parteien eine bedeutende politische Ansprache gehalten, die man mit gutem Fug als eine Art Erklärung der Richtlinien betrachten darf, nach denen die neue Reichsregierung zu marschieren gedenkt. Diese karlsruher Erklärung ist somit wenigstens in den allgemeinen Zügen, die Bortwegnahme des Regierungsprogramms, das bisher aus den bekannten Gründen vor dem Reichstag noch nicht entwickelt wurde, obwohl Dr. Wirth hervorhob, er sei nicht zu dem Zweck nach Karlsruhe gekommen, um ein politisches oder wirtschaftliches Programm zu entwerfen. Dieses nicht vorhandene Zweckbewußtsein ändert nichts an der Tatsache, und diese wird um so gewichtiger, als der Kanzler ausdrücklich betonte, er hoffe bei seinen weiteren Besuchen an den Regierungssitzen anderer Bundesstaaten das gleiche Verständnis für seine Pläne zu finden.

Dr. Wirth hob zunächst hervor, die Beantwortung des letzten Ultimatum der Entente mit „Ja“ sei notwendig gewesen um der Freiheit des deutschen Volkes willen. Es habe sich um ein aufrichtiges, deutsches Ja gehandelt, kein an verzwickte formale Konstruktionen und akademische Erörterungen geknüpftes Ja. Die akademischen Erörterungen aller möglichen Konferenzen des letzten Jahres hätten zu nichts geführt. Dieses unser Ja soll ein Zeitalter der Leistungen einschließen. Diese allein können die Welt von dem guten Willen Deutschlands überzeugen. Es gibt, fuhr der Kanzler fort, draußen in der Welt wohl fast niemanden, der Deutschland nicht große Leistungen zutraut. Nun gut! Die Tatsache stellen wir fest, daß die Welt an ein wirtschaftliches Erhabenes Deutschlands glaubt, und nun müssen wir auch selbst daran glauben.

Trotz des Glanzes der letzten zwei bis drei Jahre sieht Dr. Wirth doch eine, wenn auch noch geringe Hebung der Gesamtlage des deutschen Volkes. Schreitet dieser Ansatz zur Besserung fort, erhält die Wirtschaft neues Leben, wird die Erzeugung, besonders auch die landwirtschaftliche, gefördert, werden unserem hungerrnden Vagen die genügenden Nährstoffe zugeführt, so ist auf beachtliche und freiwillige Steigerung der Leistungen des deutschen Volkes zu hoffen. Und zwar schon um der Freiheit willen. Denn nichts Schrecklicheres als die Aussicht, die großen Industriegebiete, das Herz unserer ganzen Produktion, Rheinland-Westfalen, andauernd unter der Herrschaft fremder Diktatoren zu leben. Nicht allein die Freiheit der lebenden, sondern auch der kommenden Generation steht dabei in Frage. Wohl schließt das „Ja“ viel Unabwärtiges in sich, aber wir müssen es mit dem Gedanken an die zu erringende Freiheit tragen.

Die Waffen werden wir aus den Händen legen, aber wir werden in jedem Augenblick den Standpunkt des Rechtes festhalten. Unverträglich wäre es, wenn etwa die oberhalbliche Frage durch die Diktatur eines polnischen Insurrektions getötet werden sollte. Von England hörten wir das Wort, daß mit Deutschland ein ehrliches Spiel getrieben werden sollte. Das Wort nehmen wir auf. An unserem Telle ist es zu zeigen, daß wir gewillt sind, aufrichtig und ehrlich auf der vorgezeichneten Bahn Politik zu treiben.

Die Beratungen über neue Belastungen steht der Reichskanzler nahen, wenn in den nächsten Wochen der Reichstag zusammentritt. Alle Kreise werden Ober bringen müssen. In diesem Zusammenhang spricht Dr. Wirth lebhaften Zweifel aus, ob alle Teile des deutschen Volkes während und nach dem Kriege

wirtschaftlich Opfer gebracht haben. Wenn man da und dort durch die deutschen Lande geht und den frechen Quatsch — es gibt keinen andern Ausdruck dafür — sich breitmachen sieht, dann darf man förmlich verlangen, daß in der beginnenden Zeit der Arbeit, wo der Hammer entscheidet, der auf den Amboss niederfällt, alle Kreise unseres Volkes sich, was die Lebenshaltung betrifft, in solchen Bahnen bewegen, daß es erträglich ist gegenüber den Leistungen, die alle auf sich nehmen müssen.

In der Richtung einer solchen Haltung für die Zukunft sieht der Redner die Bahn, die zur Freiheit führt. Nicht über Schlachtfelder, nicht über Pläne zu neuen Kriegen geht der Weg, die Freiheit wird errungen durch Arbeit. Das ist der große Gedanke, wie man durch Arbeit zur Freiheit wieder kommen kann, zu diesem höchsten Gut, das der Mensch hat. Nicht zum Schmieden neuer Waffen ruft der Kanzler auf, sondern zum Bekenntnis des Rechts und zum Bekenntnis einer freien und großen Arbeitsleistung. Geld- und Sachleistungen werden von uns verlangt; durch Anspannen aller Produktionskräfte, die wir in den Dienst der Allgemeinheit stellen müssen, durch Verständigungspolitik auf allen Gebieten werden wir neue Werte schaffen können.

Dabei brauchen wir uns nicht zu verlieren in kosmopolitische Träumereien. Im Gegenteil, die Gedanken der Nation, ihrer Führer, ihrer Würde, sie sollen uns auch jetzt leiten, wenn wir durch Arbeit einer neuen Freiheit entgegengehen wollen. Alle, die guten Willens sind, rufen der oberste Beamte des Reiches zur Mitarbeit, zur Unterstützung der Regierung auf dem feinsten und bornenvollen Pfad der nächsten Zeit auf. Jeder sei willkommen, keiner ausgeschlossen, der an des Vaterlandes Freiheit durch Arbeit mitwirken will. Aber, schloß der Redner, irgendwelche wilde Formen des Ausdrucks politischer Betätigung außerhalb des Rahmens des Gesetzes gar, die außenpolitisch uns nur in Schwierigkeiten bringen, müssen wir unbedingt ablehnen. Auf dem Boden des Rechts, auf dem Boden der Arbeit vorwärts!

Das sind ehrliche Worte eines ehrlichen Mannes, denen auch der polnisch Andersdenkende, dem die Aufrichtung des deutschen Volkes eine ebenso heilige Sache ist, die Achtung nicht verweigern wird. Der Angelpunkt der Ausführungen Wirths, das mit der Bestimmtheit eines Stimmengesetzes auftretende Wort **„Werde durch Arbeit frei“** wird nirgendwo Widerspruch finden.

### Dr. Wirth über Briand.

In Freiburg i. B. hat ein Berliner Journalist eine Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler über die auf Oberschlesien bezügliche Rede des französischen Ministerpräsidenten Briand gehabt. Dr. Wirth sagte dabei u. a.:

„Ich erkenne gern an, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten auf einen maßvollen Ton abgestimmt ist. In der Sache aber geht Herr Briand von der Begründung der polnischen von Frankreich unterstützten Ansprüche von Voraussetzungen aus, denen die Tatsachen teilweise widersprechen. Ein historischer Anspruch der Polen auf Oberschlesien besteht nicht.“

Wenn die Polen, wie Herr Briand weiter behauptet, zur Zeit der Pariser Verhandlungen von 1919 starke Gründe für den Glauben hätten, daß die Abtretung zu ihren Gunsten ausfallen würde, so ist diese Gründe weder auf der früheren mittelalterlichen Vergangenheit, noch auf der jüngsten Vergangenheit, denn bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Kriege hatten die Polen in Oberschlesien kaum 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, die Deutschen 70 Prozent. Vielleicht haben die Polen aus diesem Grunde bei den Verhandlungen von 1919 ausdrücklich das Abstimmungsrecht der Emigranten verlangt, weil sie hofften, dadurch die Stimmenmehrheit zu erlangen. Wenn sie sich in dieser Rechnung getäuscht haben und wenn die auswärtigen Stimmberechtigten in ihrer Mehrzahl für Deutschland eingetreten sind, so kann nur der geringen Voraussetzungen der Polen, nicht aber den Deutschen ein Vorwurf daraus gemacht werden. Im übrigen ist es selbstverständlich nicht zureichend, wenn Herr Briand alle überhand von Emigranten abgegebenen Stimmen den Deutschen zuschreibt. Denn unter jenen befanden sich selbstverständlich auch eine große Anzahl von Ausgewanderten, die für Polen gestimmt haben.

Die Polen haben historisch keinen Anspruch auf Oberschlesien; sie haben nach dem Abstimmungsresultate keinen Anspruch auf Oberschlesien, denn die deutsche Mehrheit von fast 4 Millionen Stimmen läßt sich nicht fortbispulieren; sie haben moralisch keinen Anspruch, da sie mit dem Rest des Gewalts an die Stelle des Rechts zu setzen gesucht haben; und sie haben wirtschaftlich keinen Anspruch, weil die oberhalbliche Industrie von den Deutschen geschaffen ist und weil nach dem Urteil der berufenen nichtdeutschen Sachverständigen die Polen diese stehende Industrie nicht zu erhalten, geschweige denn weiterzuentwickeln vermöchten.

In dem Wunsch finde ich mich aber mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammen, daß die G e r e c h-

tigkeit liegen muß. Die deutsche Regierung, welche sich so außerordentliche Zurückhaltung in dieser Frage auferlegt und so erhebliche Opfer gebracht hat, darf auch darauf rechnen, daß die endgültige Regelung der oberhalblichen Frage in objektiver und gerechter Weise erfolgen wird. Etwas anderes als dies verlangt sie nicht.“

### Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Heranziehung deutscher Arbeitskräfte.

In Paris empfing Ministerpräsident Briand die Mitglieder des Bureau des Aktionsauschusses für die zerstörten Gebiete, denen sich mehrere Parlamentarier angeschlossen hatten. Der Präsident des Ausschusses, der seinerzeit anlässlich des von der E. S. T. organisierten Kongresses gebildet worden ist, aber eine durchaus selbständige Körperschaft darstellt, wies auf die traurige Lage der geschädigten Bewohner hin, die sich mit Beiprägungen nicht mehr begnügen wollten, sondern von der Regierung einen Gesamtplan für den Wiederaufbau verlangten.

Der Sekretär des Ausschusses Doucedaine erinnerte an die auf dem erwähnten Kongreß gefassten Resolutionen und verlangte, daß sobald als möglich in den besonders schwer verheerten Gebieten, der sogenannten „roten Zone“, ein Versuch mit der deutschen Teilnahme am Wiederaufbau durch Lieferung von Materialien und Arbeitskräften gemacht werde. Der Senator Calpeutier und der Deputierte Deguise erklärten, ein großzügiger Wiederaufbauplan ohne Mitarbeit aller Völker, insbesondere des deutschen, sei unmöglich.

Ministerpräsident Briand erwiderte, er sei ohne Vorbehalt für die Verwendung deutscher Materials und ebenso für die Hinzuziehung deutscher Arbeitskräfte unter der Voraussetzung, daß es sich um gelehrte Arbeiter handele, und daß die Einwohnerzahl der fraglichen Gebiete damit einverstanden sei. Die deutsche Mitarbeit in natura, die unter der vorigen „alldeutschen“ Regierung nicht in Frage gekommen sei, könne jetzt verwirklicht werden zu können. Er glaube tatsächlich an die Aufrichtigkeit der neuen deutschen Regierung, die anerkannt Anstrengungen mache, um ihre Verpflichtungen innehalten zu können. Briand sagte, er stehe einem sofortigen Versuch der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in der „roten Zone“ günstig gegenüber. Er schloß mit der Bemerkung, er wünsche mit dem Ausschuss in Fühlung zu bleiben und würde nichts unterlassen, ihm die Beschlüsse der Regierung mitzuteilen.

### Briands Programm.

Deutschland unter dem Damoklesschwert.

Im Verlauf der weiteren Pariser Kammerdebatte nahm Ministerpräsident Briand erneut das Wort und gab folgende Erklärung ab, die man wohl als sein Programm für die nächste Zukunft ansehen darf:

In London haben wir eine Erklärung abgegeben, die Deutschland mitgeteilt werden mußte, und die alle Verpflichtungen des Schuldners feststellte. Es war genau bestimmt worden, daß Deutschland mit einem Ja oder einem Nein antworten müsse, und wenn eine der Bedingungen zurückgewiesen würde, würden die Alliierten alle ihre militärischen und maritimen Mittel bereitstellen, um Genugtuung zu erlangen. Jetzt frage man, was geschehen werde, wenn Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Man frage, ob eine neue Zusammenkunft des Obersten Rates nötig sei, bevor man die Sanktionen ausübt. Wenn es sich um eine Verletzung handle, von der in der Erklärung von London nicht die Rede sei, dann ja. Denn das sei eine Notwendigkeit des Vertrages. Wenn der Vorschaferrat nicht zu einem Beschluß kommen könne, dann müsse der Oberste Rat die Entscheidung treffen. Aber wenn es sich um Tatsachen handle, die in der Erklärung bezeichnet seien, hinsichtlich deren Deutschland Beweise der Nichterfüllung zeigte, dann müsse Frankreich wie die anderen Alliierten diese Verletzung feststellen, und dann befehle sie ihnen von ihnen das Recht, zur Ausübung der Sanktionen zu schreiten. Wenn also die deutsche Verletzung an der Erklärung von London feststellbar sei, dann würde die französische Regierung an die englische und belgische Regierung telegraphieren und ihren Willen zum Handeln ausdrücken und sie ersuchen, das gleiche zu tun. Durch dieses Telegramm würden die Verbündeten in den Stand gesetzt, mit Frankreich zu handeln. Ich will nicht einmal annehmen, daß auch ein einziger von ihnen sich der vorgezeichneten Sanktionen entziehen will. Wenn wir gestern infolge einer Verletzung Deutschlands eine Sanktion ins Auge faßen lassen müßten und die Städte Lubraz, Düsseldorf und Duisburg besetzt hätten, die englische und belgische Regierung lokal den Befehl erteilt, daß ihre Truppen sich den französischen anschließen. Er habe nicht das Recht, daran zu zweifeln, daß das morgen nicht ebenso sein werde (Beifall). Sie haben nicht das Recht, einen Beweis systematischen Argwohns zu geben, und ich habe nicht das Recht, in Zweifel zu ziehen, daß unsere Alliierten, selbst wenn eine besondere Situation ihnen die vorgeschlagene Ope-